

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 1 (1911)
Heft: 47
Rubrik: Wochen-Chronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aber auch wir in der Schweiz dürfen am chauvinistischen Taumel der italienischen Nation nicht achtlos vorbeigehen, wie wir das an dem lehrreichen Exempel des Tripoliswindels beobachten können. Der überschwärmende irredentistische Wein veranlaßte die Idee zu einer „politischen Ansichtspostkarte“: Die Landkarte von Italien und den benachbarten europäischen und afrikanischen Gebiete in kleinem Maßstabe. Eine Italienerin in Bersaglieri-Uniform und in theatralischer Haltung steht auf dem Boden von Tripolis und hält das italienische Banner. Selbstverständlich ist Tripolitani als italienisches Gebiet bezeichnet. Aber nicht nur das, sondern auch ganz Welschtirol, Triest, der ganze Kanton Tessin, die italienischen und romanischen Gebietsteile von Graubünden, also das Misogertal, das Engadin und Puschlav sind dem italienischen Reiche einverleibt!

Sollen wir uns darüber aufregen? Keineswegs! Der Vorfall gibt uns aber Veranlassung, etwas tiefer über die Stellung der Schweiz im europäischen Staatensysteme zu denken. Die bestehende Bundesverfassung hat die völkerrechtliche Stellung der Kantone geschildert. Niemand wird in dieser Beziehung Änderungen im Sinne des früheren Zustandes vorschlagen. Das Gegenwärtige ist als eine Notwendigkeit gegenüber dem Früheren hervorgegangen, gewissermaßen als eine Existenzfrage vorzugsweise zur Wahrung der innern Kraft und um den von Außen mit diplomatischen Fäden angelegten Intriguen den Weg abzuschneiden. Die eigene Existenz, sowie die Wichtigkeit der übrigen politischen Fragen, haben die Kantone zur Bildung einer bestimmten Einheit veranlaßt. Heute ist die Einheit formell vorhanden, aber tatsächlich sind noch immer Variationen bemerkbar, die sich nach meiner Ansicht wegen der politischen Konfiguration des Landes und wegen der dadurch bedingten Richtungen des Verkehrs geltend machen können. Um in Beispielen zu sprechen: so war und ist der Verkehr der heutigen Kantone Thurgau und St. Gallen hauptsächlich mit Deutschland, der Graubündens mit Österreich und Italien, der Tessins mit Italien, der von Genf und des Waadtlandes mit Frankreich. Man kann fast sagen, daß der Verkehr nach den Wasserscheiden der Gebirge sich gestaltete.

Bedeutend ernster für unsere nationale Kultur, sind die politisierenden Sprachenverbände des Auslandes, die versuchen, unter der Flagge ihrer nationalen Sprache engere Beziehungen zu ihren Sprachgenossen in der Schweiz zu knüpfen und unverkennbar ist es diesen ausländischen Bestrebungen gelungen,

ihren sprachlichen Chauvinismus in abgeschwächter Form auf einzelne Kreise der Schweiz zu übertragen. Gegenüber solchen Erscheinungen gilt es klar und energig Stellung zu nehmen: Unsere nationale Gemeinschaft und Eigenart hat ihre tiefen Wurzeln in einer langen historischen Entwicklung. Die Jahrhunderte lange gemeinsame Arbeit, die in vielen Kämpfen und Wirren gemeinschaftlich getragenen Opfer und gemeinsam erkämpften Erfolge, alle die Freuden und Leiden, wie sie unserem Volke in langem Zeitlauf und wechselvollem Schicksale zuteil wurden und — als leuchtender Stern über allen diesen Erinnerungen: das Ideal der freien Selbstbestimmung, das alles hält die schweizerische Nation zusammen. Es liegt in der historischen Entwicklung unseres Vaterlandes, daß es mehrere Sprachen umfaßt, und wir sind weit entfernt, diese Mehrsprachigkeit zu bedauern. Im Gegenteil, sie ist unser Stolz, eine Quelle von geistiger Regsamkeit und Vielseitigkeit und nichts spricht so sehr für die einigende Kraft unserer Volksgemeinschaft als die Tatsache, daß die Schweizer deutscher, französischer und italienischer Zunge sich immer als gleichberechtigte Volksgenossen betrachteten und als solche auch behandelt wurden. Wir haben daher für den taktlosen Vorschlag einiger italienischer Zeitungen, die romanischen Bündner und Tessiner sollen sich von ihren deutschen Brüdern trennen und den Anschluß mit Italien suchen, nur ein mitleidiges Lächeln. Niemand denkt in der Schweiz daran, eine unserer verschiedenen Sprachen zu verdrängen oder zu verkürzen. Im Gegenteil müssen wir wünschen, daß möglichst viele Schweizer alle drei nationalen Sprachen lernen. Das ist der beste Weg, die gegenseitige Verständigung, die schweizerische Einigkeit zu fördern.

Glücklicherweise können wir aus den letzten Jahrzehnten mehrere Zeugnisse konstatieren, in denen sich die Einheit der Schweiz manifestierte: 1856/57 bei Anlaß des Konfliktes mit Preußen wegen Neuenburg, 1859 zur Zeit der italienischen Erhebung, 1866 zur Zeit des deutsch-österreichischen Krieges und 1870 zur Zeit des deutsch-französischen Krieges, obwohl bei diesen drei letzten Anlässen die Sympathien der Bevölkerung sehr geteilt waren. Soviel scheint mir aber festzustehen, daß im völkerrechtlichen Verkehr, von einer französischen, deutschen und italienischen Schweiz keine Rede ist, sondern daß die schweizerische Nation als Resultat der Geschichte und der heutigen Organisation, als gewonnenes Resultat dasteht.

Hans Schmid.



Politische Rundschau

Ausland.

Deutschland. Das Gewitter, das anlässlich der ersten Besprechung des Marokko-handels im Reichstag losgebrochen, hatte doch eine merkwürdige Abkühlung der politischen Atmosphäre zur Folge, was in der Schlußdebatte über dieses unrühmliche Kapitel deutscher Diplomatie und Regierungskunst deutlich zum Ausdruck kam. Die Reden, sowohl des Reichskanzlers, als auch der Sprecher der verschiedenen Parteien, waren auf eine entschieden versöhnlichere Note gestimmt. Der Reichskanzler gab auch offiziell Kenntnis von der Zustimmung der verbündeten Regierungen zu der vom Parlament gewünschten Abänderung des Schutzgebietgesetzes

dahingehend, daß in Zukunft Abkommen wie das bezüglich Marokkos und des Kongos dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Der Reichstag wurde durch kaiserliche Ordre mit einem Hoch auf das Staatsoberhaupt geschlossen. Die Neuwahlen finden am 12. Januar statt.

Auch in England beginnt man „abzuwiegeln“ wobei die auswärtige Politik des Kabinetts, insbesondere die Haltung Sir Grey's in der liberalen Presse einer heftigen Kritik unterworfen wird. Der „Morning Leader“ schreibt: „Was ist die Erklärung für die verschiedenartige Behandlung der Mächte? Warum sieht England ruhig zu und helfen wir Rußland, wenn es in Persien Englands Interesse schädigt, wenn Frankreich Marokko und Italien Tripolis nimmt und warum befinden wir uns im feindlichen Lager, wenn Deutschland etwas will, was uns nützt, nämlich die offene Tür in Marokko, wenn

es nur ein verlangendes Auge auf einen unbedeutenden Hafen an der afrikanischen Nordwestküste richtet?“ Damit trifft die englische Zeitung sicherlich nicht nur die Stimmung, die in Deutschland vorherrschend ist, nein auch weite Kreise der dabei nicht direkt interessierten Völker haben sich diese Fragen schon längst gestellt. Gerade dieses Rivalisieren zwischen den beiden großen stammverwandten Nationen ist, durch das der Weltfrieden in den Jahren am meisten bedroht wurde. Eine wahre Kagenjammerstimmung scheinen die Nachrichten aus Persien bei John Bull hervorgerufen zu haben. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird die englische Diplomatie hier eine empfindliche Schlappe erleiden; das wird Lord Grey sehr wahrscheinlich den Ministerstuhl kosten. Den letzten Nachrichten aus Teheran zufolge, hat das persische Ministerium das neue Ultimatum abgelehnt, was Rußland den erwünschten Anlaß bot, mit seinen

schon längst bereit gehaltenen Truppen in Persien einzumarschieren. Bereits ist denn auch die Vorhut der Russen in Teheran eingerückt. Der bei den europäischen Parlamenten gegen das Vorgehen Russlands eingereichte Protest und die angesichts der eminenten Gefahr endlich zustande gekommene Einigkeit unter den verschiedenen Parteien und Volkstümern wird den Persern wenig mehr nützen, mit ihrer Unabhängigkeit wird es nun wohl endgültig vorbei sein. Das alles hat Väterchen Zar angezettelt, während England mit Deutschland haberte und Niklaus bei Wilhelm zu gunsten der Erhaltung des Friedens direkt intervenierte!!

In Oesterreich hat die Enthebung des Freiherrn Conrad von Höndorff von seiner Stellung als Generalsstabschef der österreichisch-ungarischen Armee gewaltiges Aufsehen erregt. Dies um so mehr, als Höndorff für einen der tüchtigsten Generale gilt, deshalb in der Armee allgemeine Achtung genießt und als Vertrauensmann des Kronfolgers bekannt ist. Vor kaum 2 Monaten wurde der Kriegsminister gegangen und nun folgt der Generalsstabschef. Höndorff hat sich in Bezug auf die Stellung Oesterreichs zu Italien auf den Standpunkt gestellt, daß in Anbetracht der Expansionspolitik des „Veründeten“ und der Stimmung des italienischen Volkes Vorsehung am Platze sei und dementsprechend wurden an der Südgrenze geeignete Vorkehrungen getroffen. Dadurch setzte er sich in Widerspruch mit der Politik des Grafen Lehrenthal, der mit Rücksicht auf die gegenwärtige internationale politische Situation nicht wohl gepöfert werden konnte, also mußte der höheren Staatsraison wegen der Generalsstabschef weichen. Dieser Pyrrhussieg Lehrenthals wird ihn bei nächster Gelegenheit selbst aus dem Sattel heben. Im Abgeordnetenhaus kam es zur Abwechslung wieder einmal zu einem wüsten Krawall, der wie schon so oft zu Tötlichkeiten führte. Anlaß dazu bot eine an sich harmlose Bemerkung des Justizministers, die das Nationalgefühl der Tschechen verletzte.

Auf dem Kriegsschauplatz in Tripolis scheinen die Italiener in den letzten Tagen bedeutende Erfolge errungen zu haben. Nach den italienischen Berichten hätten sich die Türken und Araber unter großen Verlusten ins Innere des Landes zurückziehen müssen. Ein türkischer General, Scherif Pascha, spricht sich in der „Deutschen Neuzeit“ dahin aus, daß die Türkei Tripolis zweifelsohne verlieren werde. Die Schuld hieran falle auf die gegenwärtige Regierung, insbesondere auf den Kriegsminister Scherif Pascha. Die vorgebrachten Beweise häufen sich zu einer niedererschmetternden Anlage gegen das neue Regime, das die Provinz von jedem wirksamen militärischen Schutz entblößte. Von der italienischen Flotte ist außer dem Bombardement einiger kleiner befestigten und nicht befestigter Plätze am roten Meer nichts von Bedeutung zu melden.

Die Italiener beschuldigen nun ihrerseits die Araber furchtbarer Greuelthaten, die sie an gefangenen und verwundeten italienischen Soldaten verübt haben sollen. Das dürfte wohl die Antwort sein, auf die von den Italienern vorgenommene Niedermetzung und Massenabschlachtung wehrloser Greise, Frauen und Kinder!

Schweiz.

Der letzte Sonntag war ein großer politischer Tag. In der Bundesstadt tagten die Delegierten der freisinnigen demokratischen Partei der Schweiz, ihre Verhandlungen galten ausschließlich der Stellungnahme zum Gesetz über die Kranken- und Unfallversicherung. In einer längeren Resolution wird das eminent soziale Werk den Bürgern zur Annahme empfohlen. Am Bankett im Kasino wurden in allen drei Landessprachen Reden gehalten, wobei verschiedene regionale Wünsche angebracht wurden. Gleichzeitig tagten in Olten die Sozialdemokraten. Ihr Haupttraktandum war die Revision der Parteistatuten. Die in der Schlussabstimmung gegen die Stimmen der Grütländer angenommen wurden. Damit dürfte es um die Selbständig-

keit und den nationalen Charakter des Grütlivereins so ziemlich geschehen sein.

Am Montag morgen hielten die 189 Mitglieder des Nationalrates ihren Einzug in's Parlamentsgebäude. Die Sitzung wurde eröffnet durch den Senior des Rates, Alterspräsident J. J. Abegg (Zürich), der in längerer Rede einen Rückblick warf auf die gesetzgeberische Tätigkeit des neuen Bundes. In der Dienstag-Sitzung wurden die Ratsmitglieder in feierlicher Weise beeidigt. Die Sozialdemokraten haben mit Ausnahme des Hr. Dr. Nickli ein schriftliches mit ihrer Unterschrift versehenes Gelübde eingereicht. Zum Präsidenten wurde der bisherige Vizepräsident Wild (St. Gallen) gewählt; und zum Vizepräsidenten Spahn (Schaffhausen). Die Sozialdemokraten haben eine eigene Fraktion gebildet. Im Ständerat wurde die Session durch den bisherigen Präsidenten Winiger Luzern mit einem Nachruf auf den verstorbenen Bundesrat Schobinger eröffnet. Als neuen Präsidenten wählte der Ständerat Dr. Calonder (Chur) und als Vizepräsidenten Kunz (Bern).

Als Nachfolger des verstorbenen Bundesrat Schobinger steht der Tessiner Herr Nationalrat Giuseppe Motta, Advokat von und in Alzola im Vordergrund. Herr Motta, der der katholischen Rechte angehört, steht in der Volkskraft seiner Jahre. Er ist ein redigewandter Parlamentarier und rastloser Arbeiter, der auch das Vertrauen der radikalen Tessiner genießt. Wenn auch durch seine Wahl das romanische Element im Bundesrat zum Nachteil des deutschen eine wesentliche Stärkung erfahren wird, so ist trotzdem der Einzug eines Tessiners in den Bundesrat aus staatspolitischen Rücksichten zu begrüßen. Der Kanton Tessin hatte bis jetzt zweimal die Ehre, in der obersten Exekutive unseres Landes vertreten zu sein, nämlich 1848 bis 1854 durch Stefano Franscini und 1857 bis 1863 durch G. B. Pioda.

Kleine Chronik

Biographien.

† Johann Müller, Faktor.

Am letzten Freitag fand hier in Bern die Beerdigung eines Mannes statt, der es wert ist,



† Johann Müller.

daß ihm hier einige Zeilen gewidmet werden. Zur Leichenfeier des Verstorbenen — Johann Müller, Faktor in der Buchdruckerei Stämpfli — erschienen Vertreter der Bundeskanzlei, die Inhaber der Firma Stämpfli & Cie., seine Kollegen, wie auch Mitglieder der Typographie, sodaß das Krematorium ganz angefüllt war. Ganze 58 Jahre stand der Verstorbene im Dienste der

Buchdruckerei Stämpfli, und hatte sich im Laufe der Jahre nicht allein die Achtung seiner Prinzipale und Kollegen, sondern auch durch seinen dienstlichen Verkehr im Bundeshaus diejenige unserer obersten Landesbehörde erworben. Unter den zahlreichen Blumenpenden fielen besonders auf die prachtvollen Kränze der Bundeskanzlei, des Schweizerischen Typographenbundes, dessen Gründungsmitglied er war, der Firma Stämpfli & Cie., seiner Kollegen und der Typographia Bern. Die Herren Pfarrer Nyfer und Korrektor Fr. Martin widmeten dem Dahingegangenen tief empfundene Nachrufe, während die Gesangssektion der Typographia weißboller Trauerlieder vortrug.

Johann Müller, geb. 1829, trat 1844 als Lehrling in die Buchdruckerei Haglül, arbeitete dann einige Jahre in der Fremde, Deutschland bereisend, kam 1853 wieder nach Bern, wo er bis zu seinem Tode in der Firma Stämpfli & Cie. verblieb.

Der Verbliebene erreichte ein Alter von 83 Jahren, dank dessen er im Jahre 1894 sein 50-jähriges Berufsjubiläum, 1903 sein 50-jähriges Dienstjubiläum im Geschäft, 1906 seine goldene Hochzeit feiern konnte.

Ehre seinem Andenken!

X.

Kanton Bern.

Die Erziehungswahl für den zurückgetretenen Herrn Regierungsrat v. Wattenwil wurde vom Regierungsrat auf den 4. Februar 1912, den Tag der Volksabstimmung über das Bundesgesetz betreffend die Kranken- und Unfallversicherung angeordnet. Als Nachfolger von Wattenwil wird in erster Linie Herr Bezirksingenieur von Erlach in Spiez genannt, ein Mann, der sich auch in nicht konservativen Kreisen großer Beliebtheit erfreut und der berrnischen Exekutive sehr gut anstehen würde.

Bei den Gemeinderatswahlen in Thun sind die Listen der beiden Parteien durchgedrungen. Als Präsident der Einwohnergemeinde wurde Fürsprecher D. Roost und als Vizepräsident Bezirksingenieur Neuhaus gewählt. Der Gemeinderat besteht somit wie bisher aus 5 Freisinnigen und 4 Sozialdemokraten.

Stadt Bern.

Morgen fällt in Bern die Entscheidung über die Zusammensetzung der städtischen Behörden während der nächsten 4 Jahre. Nachdem die Freisinnigen die Kandidatur Bohren der von den Sozialdemokraten an Stelle des der konservativen Partei angehörenden bisherigen Gemeinderates Prof. Dr. Graf portiert wird, akzeptiert haben, wird der Ausgang der Wahlen nach dieser Richtung keine Überraschungen bringen. Anders verhält es sich in Bezug auf die Stadtratswahlen. Hier werden die beiden bürgerlichen Parteien den letzten Mann zur Urne führen müssen, sollen die sozialdemokratischen Aspirationen auf die Eroberung der Mehrheit im Stadtrate in die Schranken zurückgewiesen werden. Von den zwölf Vorlagen, die dem Souverän zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden, scheint keine gefährdet zu sein. Alle drei Parteien empfehlen deren Annahme. Einzig die Erhöhung der Theatersubvention stößt auf etwelchen Widerstand, doch ist zu hoffen das „Stadtvoll“ verstehe das Ansehen der Bundesstadt auch nach dieser Richtung zu wahren.

Militär.

Bekanntlich sollen unsere Festungen an der Südfront durch einige Verteidigungsfort in der Nähe von Bellinzona verstärkt werden. Zu diesem Zwecke tagte dieser Tage eine Kommission höherer Generalstabsoffiziere in Lugano. Angesichts der Expansionspolitik Italiens wird diese Maßnahme schwerlich auf großen Widerstand stoßen.

DRUCK UND VERLAG:

JULES WERDER, Buchdruckerei, BERN.

Für die Redaktion: Dr. H. Bracher (Allmendstrasse 29).